



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

2/XV/20 - 25. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Rom Zum deutsch-italienischer Kommuniqué	72
2 - 3	Politik - Erziehung - Unterricht Zur Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD Von Hermann Bertfeldt	71
4	"Hartmann-Bund macht nicht mit" Hintergründe einer Separat-Aktion	27
5	Der "Mißverständene" Oder: Die Geschichte vom Prügel-Ukas	35
6	Die Glosse: Wem kommt der Spinat "auße Dach"? Abstimmung mal so - mal so	37

* * *
* * *

Rom

sp - Sorgfältig versucht das im Anschluß an den dreitägigen Rom-Besuch des Bundeskanzlers Adenauer herausgegebene Kommuniqué die Schatten zu vertuschen, die über diese Begegnung mit den italienischen Staatsmännern liegen, wie auch die Meinungsverschiedenheiten zu verbergen, die sich in der verschiedenen Einstellung zu den kommenden Gipfelkonferenzen ergeben. Das einzige, was Adenauer als Positivum für sich buchen kann, ist die italienische Versicherung, es dürfe keine Berlin-Lösung ohne die Zustimmung der Westberliner Bevölkerung geben. Diese Versicherung ist freilich nicht neu; sie ergibt sich aus den gemeinsamen Entschlüssen der letzten NATO-Tagung in Paris wie auch aus den wiederholten Erklärungen Eisenhowers, keine Regelung über Berlin mit der Sowjetunion zu treffen, die nicht von Westberlin gebilligt würde. Eisenhower ist sicher nicht der Mann, der Versprechungen nicht hält. Die römischen Gesprächspartner Adenauers vergaben sich nichts, als sie für die Eisenhower-Linie waren und zu erkennen gaben, daß mit der Frage Berlin das gesamte Ost-West-Verhältnis berührt wird.

Einigkeit über Berlin bedeutet aber nicht Übereinstimmung in allen mit diesem Komplex aufgeworfenen Fragen. Chruschtschow benutzt und benutzt Berlin als Hebel, um damit größere Dinge und Entwicklungen ins Rollen zu bringen. Die Gefahren für den Westen liegen auf der Hand -, wie läßt man begegnen?

Bundeskanzler Adenauer will es auf eine ihm gemäße Weise. Er fühlt sich, obwohl ihm diese Rolle in der westlichen Welt kaum mehr abgenommen, ja, schon als lästig empfunden wird, als der Gralshüter der westlichen Welt und als Bannerträger der sogenannten Politik der Stärke, wie er sie versteht. Seine Gespräche in Rom dienten offensichtlich auch dem Bonairen, in einer Zeit, da alle Welt nach Entspannung strebt, nach Abbau drückender Rüstungslasten und nach einem Ausgleich zwischen West und Ost, der der Welt den Alpdruck eines neuen Krieges nimmt, die römischen Gesprächspartner wieder auf Vordermann zu bringen, sie davon abzuhalten, den Omnibus in die Gefilde der Entspannung unter keinen Umständen zu bestiegen.

25. Januar 1960

In diesem Zusammenhang gebrauchte er das gefährliche Wort von der besonderen Aufgabe, die Gott dem deutschen Volke in den jetzigen stürmischen Zeitläufen gegeben habe, nämlich "Hüterin zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken". Was soll diese Beschwörung der "Vorsehung", diese Zitierung einer "Mission"? Dem deutschen Volk kam in der Vergangenheit ein solches Sendungsbewußtsein recht teuer zu stehen. Dieses Sendungsbewußtsein richtete sich in verheerenden Ausbrüchen nicht nur gegen den Osten; auch der Westen bekam seine furchtbare Gewalt zu spüren. Es bleibt nicht vergessen, daß es schließlich das Scheitern dieses Kreuzzugsgedankens war, das die Macht der Sowjetunion bis tief nach Mitteleuropa sich ausweiten ließ.

In der gefährdeten Lage, in der wir uns als gespaltenes deutsches Volk befinden, sollten sich verantwortliche deutsche Politiker vor dem düsteren Hintergrund unserer Vergangenheit nicht gerade als unbeugsame Vorreiter eines sterilen Anti-Bolschewismus empfehlen. Sie beschwören damit böse Erinnerungen jüngst vergangener Jahre herauf und züchten Ressentiments, die uns vor den Augen der Welt als Störenfriede kennzeichnen.

Alle Berichte über diesen Rom-Besuch des Bundeskanzlers erwähnen das frostige Klima, das Adenauer dort vorfand. - Und sie meinen es nicht in einem meteorologischen Sinne. Man sagt den Italienern ein leidenschaftliches Temperament und große Beifallsfreudigkeit nach. Von der römischen Bevölkerung war von alledem nichts sichtbar; sie hielt sich - ganz zum Unterschied vom Eisenhower-Besuch im vergangenen Jahr - kühl zurück, und dies ging weit über die "Linke" hinaus. Nur Monarchisten und Neofaschisten lobten in ihren Zeitungen den westdeutschen Bundeskanzler und priesen seine Unbeugsamkeit. Bei allen Bekundungen äußerer Sympathien, die die italienischen Gesprächspartner Adenauer erwies, blieb doch nicht verborgen, daß die italienische Regierung insgesamt, mit dem Staatspräsidenten Gronchi an der Spitze, andere Auffassungen, sich London und Washington nähernde Auffassungen, über die Möglichkeiten und Chancen einer weltpolitischen Entspannung als der Bundeskanzler hat. Vergeblich haben sie hier nach einem deutschen Beitrag und nach deutscher Mitwirkung gesucht. Gronchi wird ohne einen solchen Beitrag nach Moskau fahren.

Politik - Erziehung - Unterricht

Von Hermann Bortfeldt

Heute ist wohl allen verantwortlich Denkenden die Überzeugung gemeinsam, daß der politische Unterricht verstärkt werden muß, wenn das Fundament unserer demokratischen Lebensordnung stärker werden soll. Weniger Einnütigkeit herrscht in den Antworten auf die äußerst aktuelle Frage, warum denn der politische Unterricht bisher nur eine verhältnismäßig geringe Wirkung gehabt hat.

Oft wird diese Frage überhaupt nicht gestellt. Man muß aber wissen, welche Ursachen die mangelhafte Wirkung der bisherigen Bemühungen um politische Bildung hat, wenn man weiterkommen will.

Geschichte als Ganzes

Eine dieser Ursachen ist theoretischer Natur. Noch so mancher Wissenschaftler und Pädagoge hält die Zeitgeschichte nicht für ein Element politischer Bildung. Es ist aber ein Mißverständnis, daß Geschichte als Wissenschaft nicht Zeitgeschichte sein könnte; Herodot, Thukydides, Tacitus, Begründer der Geschichtsschreibung, schrieben Zeitgeschichte! Anders herum: Wer das letzte Kapitel der deutschen Geschichte wegstreicht, streicht die ganze deutsche Geschichte! Bevor dieses Mißverständnis nicht überall überwunden ist, können geschichtliche Forschung und Lehre und politischer Unterricht nicht ihren Auftrag erfüllen.

Schlechte Einflüsse

Aber es gibt eine ganze Reihe anderer, weniger verwickelter Ursachen. Wer heute vor jungen Menschen über die Hitlerzeit spricht, muß aufpassen, daß er nicht "die Wehrreudigkeit untergräbt". Vieles, was in der Schule aufgebaut wird, wird von außen her wieder zerschlagen. Die "Landseser"-Reife werden Monat für Monat in hunderten-tausenden von Exemplaren auf die Jugend losgelassen. Da wird zwar keine NS-Propaganda gemacht, aber es wird das Töten kaltschnäuzig beschrieben. Die psychologische und die politische Folge ist, daß Hitler, der ja auch sehr "wehrreudig" war, dann doch viel besser abschneidet als im Unterricht.

Primitive "Antihaltung"

So wird "Geschichtsunterricht" außerhalb der Kontrolle durch die Schule erteilt. Nicht anders ist es mit einem gewissen Antikommunismus, der eine angeblich notwendige geschlossene "Gegenweltanschauung" propagiert und damit zu totalitärem Denken hinführt.

Eine bloße Anti-Haltung genügt eben nicht dem Kommunismus gegenüber, sie genügt aber auch nicht gegen den Nazismus! Wer Demokraten erziehen will, darf nicht bei den Formalitäten des demokratischen Getriebes stehenbleiben, sondern muß die Idee der Demokratie mit Sinn und Ziel erfüllen und sie schließlich auch selbst vorleben können. Davon hängt seine Glaubwürdigkeit ab.

Abwertung des Staates von Weimar

Vielfach wird in einer auch der Jugend zugänglichen Publizistik die Abwertung des Staates von Weimar betrieben. Wie oft hört und liest man, daß aus der Republik von Weimar "nur Hitler werden konnte"! Diese Zwecklüge über den ersten deutschen demokratischen Staat schwächt natürlich den demokratischen Gedanken. Hoch oder schon wieder viel zu oft muß man auch sehen, wie die Geschichte der deutschen Demokratie verbogen wird - so zum Beispiel, wenn im "Buddenbrooks"-Film die Revolution von 1848 lächerlich gemacht wird.

Der innere Widerspruch

Kurzum, ein für die Demokratie sinnvoller politischer Unterricht kann nur Erfolg haben, wenn er nicht von ihm entgegengesetzten Erscheinungen des öffentlichen Lebens überwuchert wird. Ganz und gar wird die "Bewältigung der Vergangenheit" zu bloßem Gerede, wenn früher führende Nationalsozialisten heute hohe amtliche Funktionen ausüben. Wenn für solche Tatsachen in einer politischen Unterrichtsstunde nach einer Erklärung gefragt wird und die Antwort darauf entweder ausweichend sein oder das demokratische Wollen der antirenden Bundesregierung in Frage stellen muß, dann ist der ganze Unterricht vergebens.

* * *

Inhalt, Methoden und Wirkungsmöglichkeiten des politischen Unterrichts heute standen im Vordergrund der Beratungen auf der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD am letzten Wochenende in Bonn. Der Ausschuß, an dessen vom Mitglied des Parteivorstandes Willi Eichler geleiteter Sitzung der hessische Kultusminister Professor Dr. Ernst Schütte und namhafte Gelehrte und Pädagogen der Bundesrepublik teilnahmen, legte das Ergebnis seiner Arbeiten dem Parteivorstand vor.

+ + +

"Hartmann-Bund macht nicht mit"

sp - Der wohl größte Teil der deutschen Ärzteschaft, jetzt zusammengeschlossen in der "Aktionsgemeinschaft deutscher Ärzte", die Gewerkschaften, die parlamentarische Opposition und zahlreiche Sozialorganisationen haben den sogenannten Reformgesetz-Entwurf von Bundesarbeitsminister Theodor Blank zur Krankenversicherung abgelehnt. Nur der "Hartmann-Bund" macht nicht mit. Bekanntlich ist der "Hartmann-Bund" eine Ärzteorganisation, deren Wirken in der deutschen Öffentlichkeit stark beachtet wird.

Man fragt man sich allenthalben, was wohl dahinterstecken mag, das der "Hartmann-Bund" veranlaßt, eine so merkwürdige Haltung einzunehmen. Aus Ärztekreisen werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß wahrscheinlich eine politische Aktion des Vorstandes des "Hartmann-Bundes" zur Entlastung von Bundesarbeitsminister Theodor Blank vorliegt.

Zunächst hatte Blank an die der CDU/CSU angehörenden Ministerpräsidenten im Bundesrat einen Appell gerichtet. Er wünschte, die CDU/CSU-Ministerpräsidenten sollten ihre parteipolitische Solidarität vor sachliche Überlegungen setzen. Jetzt kommt der "Hartmann-Bund". Dem Vorstand dieses Bundes gehören - mit drei Ausnahmen - in der Hauptsache aktive CDU-Männer an. Drei von ihnen sind Landtags- bzw. Bundestagsabgeordnete der CDU. Den wenigsten Mitgliedern des "Hartmann-Bundes" dürfte dies bekannt sein.

Selbstverständlich haben wir nicht die Absicht, uns in die internen Angelegenheiten und die Willensbildung des "Hartmann-Bundes" einzumischen. Wir glauben aber, daß es für die Mitglieder dieser Vereinigung wissenswert ist, wer bei ihnen an der Spitze die Politik bestimmt.

+ + -

Der "Mißverständene"

sp - Nordrhein-Westfalens CDU-Innenminister Duffaus hat angesichts der massiven Kritik, die sich der CDU-Bundeskanzler Adenauer wegen seiner erstaunlichen Prügel-Aufforderung im In- und vor allem auch im Ausland zugezogen hat, mit einem Satz, der das Unbehagen geradezu hautlos spüren läßt, seine Distanzierung von diesem, sagen wir Malheur, vollzogen: "Wenn ein alter Herr von 84 Jahren sich altväterlich entrüstet, sollten wir menschliches Verständnis dafür haben".

Das heißt auf gut Deutsch, daß man dem alten Herrn Prügel-Ukas nicht ernst nehmen soll. Diese Zumutung, die das in den Brunnen gefallene Kind gnädig zudecken möchte, geht aber ebenso weit wie der hier und da verspätet unternommene Versuch, den alten Herrn als den zu seiner Erschütterung so gründlich Mißverständenen zu entschuldigen. Der alte Herr hat seine Prügel-Aufforderung, die auch von seinen Verteidigern als "tatsächlich fragwürdig" charakterisiert wird, zweimal abgegeben; das zweite Mal bereits im Wissen um die negative Kritik. Da man zudem über die Entstehung seiner Rundfunkrede weiß, in der er zum ersten Mal zur Prügelei aufforderte - drei Entwürfe der Bundeszentrale für Heimatdienst, in denen vom Verprügeln kein Wort stand, mißfielen dem alten Herrn und flogen in den Papierkorb, Adenauer entwarf dann seine Rede selbst, einschließlich der Prügel-Aufforderung! -, kann weder das erbetene Verständnis noch das nachgelieferte Mißverständnis Platz greifen. Schließlich hat nicht irgendein CDU-Ortsvereinsfunktionär gesprochen, sondern der Bundesvorsitzende der CDU (in Essen) und der Bundeskanzler (im Rundfunk).

Die Vorstellung, daß in irgendeinem anderen Falle einer dann vielleicht viel schwerwiegendere Entscheidung des alten Herrn seine Freunde bemüht sein müßten, auch für einen solchen Ukas um Verständnis für die altväterliche Entrüstung des 84-Jährigen zu bitten oder die ganze Sache überhaupt als Mißverständnis hinzustellen, diese Vorstellung könnte geeignet sein, künftigen "Formulierungen" des CDU-Kanzlers mit allergrößtem Unbehagen entgegenzusehen. Vermutlich würde dann der Rat eines Bonner Staatsanwaltes nicht mehr ausreichen, der einem besorgten Bürger empfahl, dem Vorschlag des Regierungschefs tunlichst keine Folge zu leisten.

Die Glosse:

Wem kommt der Spinat "aufs Dach"?

Jn. - Bundesdeutsche Hausfrauen, die die Kühltruhen der Einzelhändler nach gefrorenem Spinat zu erschwinglichen Preisen durchforschten, mußten in letzter Zeit betrübt einen fühlbaren Mangel an diesem Gemüse feststellen. Würden sie auf dem Weg zum Gemüsehändler statt der Straßen des Heimatortes die Alpen überqueren, so fänden sie Spinat in Fülle. Daß italienischer Spinat im Ursprungsland massenweise, in der Bundesrepublik dagegen kaum auf Eis liegt, kommt a) vom Zoll und b) von der Vergesslichkeit.

Bei der letzten Zollverordnung für Lebensmittel hatte nämlich das Bundesernährungsministerium nur frischen, nicht aber auch passierten Spinat auf die List für die bis zum 31. März zollfreien Waren gesetzt. Bundestag und Bundesrat hatten entsprechend beschlossen.

Zum Ruhme des Ministeriums muß gesagt werden, daß es bemüht war, dieses Versäumnis durch eine neue Vorlage auszugleichen, mit deren Beratung sich alsbald der Ernährungsausschuß des Deutschen Bundestages befaßte. Diesen Ausschuss nun bevölkern für die CDU/CSU vorwiegend Abgeordnete, die die Augen der Grünen Front streng, aber vertrauensvoll auf sich ruhen fühlen. Und so verhielten sie sich auch. Vergeblich bemühten sich in diesem Ausschuß die SPD-Vertreter, die Hausfrauen mit italienischem Kühlspinat zu erfreuen. Die Vertreter der Mehrheit gebärdeten sich, als drohe in der Landwirtschaft flugs der Spinat-Notstand auszubrechen und empfahlen, da sie in der Mehrheit sind, dem Bundestag die Ablehnung der Vorlage.

Der Bundestag hingegen lehnte diese Ablehnung ab und sprach sich mit Mehrheit für die Spinat-Zollfreiheit aus. SPD-Abgeordnete, die sich siegfroh umsahen, erstarrten vor Verwunderung. Sie erspähnten nämlich bei der CDU/CSU Zollanhänger von gestern, die über Nacht Zollgegner geworden waren und nun gleichfalls für die Zollfreiheit stankten.

Denn die Argusaugen der Grünen Front beurteilen die Aktivität ihrer Vertreter nach den Beschlüssen des Ernährungsausschusses. Im Plenum aber steht die Fraktionsehre auf dem Spiel, von den Augen der sehr viel zahlreicheren Verbraucherschaft ebenso argwöhnisch betrachtet.

Es ist schön, wenn man mal - mal so abstimmen kann - wie es die Popularität befiehlt.

Man darf sich nur nicht dabei erwischt lassen!

Auf daß einem nicht die jeweiligen Interessenten mit dem Spinat "aufs Dach" kommen!

Verantwortlich: Günter Markscheffel